

Protokollauszug

Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 27.08.2024

**Zu Ö 11 Sachstandsbericht Mobilitätskonzept Kindertagesstätte Breitbenden - Antrag der Fraktionen Bündnis '90 / Die Grünen zur Kenntnis genommen
FB 68/0095/WP18**

Frau Scheidt begrüßt Herrn Engels (Fachbereich Verkehrsplanung – FB 68), der für Rückfragen an der Sitzung teilnimmt.

Frau Schmitt-Promny dankt der Verwaltung für das ausführliche Mobilitätskonzept. Aufgrund der gemachten Erfahrung, dass Mobilität bei der Planung von KiTa- und Schulgebäuden mitberücksichtigt werden müsse, erkundigt sie sich danach, ob die Erstellung eines solchen Konzeptes auch für neue Maßnahmen gängige Praxis sei. Beim Spatenstich für die KiTa Breitbenden habe sie festgestellt, dass die umliegenden Straßen eng seien und bereits ein hoher Parkdruck bestehe. Sie möchte wissen, ob dort verschiedene Arten von Mobilität sinnvoll seien.

Frau Scheidt ergänzt, dass bei der Planung einer neuen KiTa das Umfeld unbedingt mit in den Blick genommen werden müsse und das deutlich vor dem Spatenstich.

Herr Engels erläutert, dass das Gutachten bereits vor zwei Jahren erstellt worden sei. Es sei aber die Bitte der Bezirksvertretung Eilendorf gewesen, dies nochmals in die politischen Gremien zu geben. Er versichert, dass im Vorfeld ausreichend geprüft worden sei, ob das Gebiet eine erhöhte verkehrliche Belastung aufgrund eines KiTa-Neubaus verkraften könne. Dies könne aus verkehrlicher Sicht bestätigt werden. Auch wenn manche Anwohnenden sicherlich subjektiv ein höheres Verkehrsaufkommen empfinden würden, seien die Straßen objektiv dafür ausgelegt.

Frau Schmitt-Promny könne die verkehrliche Argumentation nachempfinden. Gleichzeitig erkundigt sie sich danach, ob und inwieweit sich der Verkehr dahingehend anpassen ließe, dass er auch für die Anwohnenden als verkraftbar empfunden werde. Gegebenenfalls könnten andere Straßenformate, wie beispielsweise Einbahnstraßen, sinnvoll sein.

Herr Engels erläutert, dass die Einrichtung einer Einbahnstraße zwar eine Methode darstelle, diese sei aber nicht immer zielführend. Eine Einbahnstraße biete mehr Fahrbahnfläche und erlaube somit ein schnelleres Fahren. Dies habe zur Folge, dass zusammen mit der Einbahnstraße über eine Verkehrsberuhigung oder Einengungen nachgedacht werden müsse.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.